

Die Europawahlen 2014 und ihre Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

Niedermayer, Oskar

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Niedermayer, O. (2014). Die Europawahlen 2014 und ihre Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 63(3), 351-364. <https://doi.org/10.3224/gwp.v63i3.16709>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Europawahlen 2014 und ihre Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

Oskar Niedermayer

Zusammenfassung

Der Beitrag entwickelt aus dem Konzept der Europawahlen als „nationale Nebenwahlen“ sieben Thesen zu den Orientierungen sowie der Wahlbeteiligung und dem Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger bei Europawahlen im Vergleich zu nationalen Parlamentswahlen. Diese Hypothesen postulieren ein geringeres Interesse an diesen Wahlen, eine geringere Bedeutungszumessung der Entscheidungen des Europäischen Parlaments, eine geringere Wahlbeteiligung, die nicht auf negativere Orientierungen gegenüber dem Europäischen Parlament zurückzuführen ist, ein Primat der nationalen Politik, Verluste der Regierungsparteien, insbesondere der Partei des Regierungschefs, sowie größere Chancen von EU-skeptischen Parteien und Kleinstparteien. Sie werden anhand der Analyse des Wahlkampfes und Wahlergebnisses der Europawahl in Deutschland sowie – in zusammenfassender Weise – auch in den anderen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union empirisch überprüft. Auch wenn sich nicht jede einzelne der sieben Hypothesen europaweit empirisch vollständig bestätigen lässt, zeigt sich, dass das Nebenwahlkonzept für die Analyse von Europawahlen immer noch eine gute Ausgangsbasis darstellt. Abschließend werden die Auswirkungen der Wahlergebnisse auf die Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments im Vergleich zur Situation nach den Europawahlen von 2009 diskutiert, wobei besonderes Augenmerk auf die EU-skeptischen Parteien gelegt wird.



Prof. Dr. Oskar Niedermayer

Arbeitsstelle Empirische Politische Soziologie/Otto-Stammer-Zentrum
Leiter des Otto-Stammer-Zentrums
Freie Universität Berlin

1. Europawahlen als „nationale Nebenwahlen“

Die wissenschaftliche Analyse der Europawahlen wird von der kritischen Rezeption des anlässlich der ersten Direktwahl von 1979 entstandenen Konzepts der Europawahlen als „nationale Nebenwahlen“ geprägt.¹ Als nationale Hauptwahlen werden in diesem Konzept die wichtigsten nationalen Wahlen, also in der Regel die Parlamentswahlen, angesehen, als nationale Nebenwahlen die Wahlen auf der subnationalen und der supranationalen Ebene. Bei nationalen Hauptwahlen wird über die Zuweisung von politischer Macht an konkurrierende Parteien mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen entschieden, d.h. über die Zusammensetzung des die Bürger unmittelbar berührende politische Entscheidungen treffenden Parlaments und die Bildung einer Regierung. Bei Europawahlen ist dies gemäß dieses Konzepts in der Perzeption vor allem der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Parteien und Medien, nicht der Fall, sodass für alle relevanten Akteure sehr viel weniger auf dem Spiel steht. Empirisch überprüfen lässt sich die Geltung dieses Arguments für die Bevölkerung durch folgende Hypothese:

Hypothese 1: Die Bürgerinnen und Bürger haben an Europawahlen ein wesentlich geringeres Interesse als an nationalen Parlamentswahlen und messen den Entscheidungen des Europäischen Parlaments wesentlich geringere Bedeutung zu als den Entscheidungen der nationalen Parlamente.

Aus der „less-at-stake“-Hypothese und dem Europawahlcharakter als nationale Nebenwahl lassen sich sechs weitere Hypothesen über die systematischen Unterschiede in der Wahlbeteiligung und im Wahlverhalten bei nationalen Parlaments- und Europawahlen ableiten:

Hypothese 2: Bei Europawahlen ist die Wahlbeteiligung geringer als bei der letzten nationalen Parlamentswahl: Da die perzipierte Wichtigkeit einer Wahl die Wahlbeteiligung beeinflusst, werden bei einer als zweitrangig angesehenen Wahl wie der Europawahl mehr Bürger zu Hause bleiben als bei der nationalen Hauptwahl. Zudem besteht bei Wahlen generell ein klarer Zusammenhang zwischen der Quantität bzw. Qualität von Wahlkampagnen und der Wahlbeteiligung, d.h.: Je intensiver und besser eine Wahlkampagne von den Parteien geführt wird und je umfassender die Massenmedien darüber berichten, desto mehr Wähler werden erreicht und zur Beteiligung motiviert. Dies trägt zusätzlich zu einer geringen Beteiligung an Europawahlen bei.

Hypothese 3: Die geringere Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist nicht auf negativere Orientierungen gegenüber dem Europäischen Parlament im Vergleich zum jeweiligen nationalen Parlament zurückzuführen. Der Hauptgrund für die Wahlabstinenz, die perzipierte Zweitrangigkeit der Wahl aufgrund der geringeren Relevanz der Entscheidungen des Europäischen Parlaments für das Alltagsleben der Bürger, ist davon unabhängig, wie sie das Parlament und seine Rolle im Institutionensystem der Europäischen Union beurteilen.

Hypothese 4: Bei Europawahlen spielt die nationale Politik für die Wahlentscheidung eine größere Rolle als die Europapolitik. Europawahlen sind nationale Nebenwahlen, d.h. sie werden von der nationalen Politikebene dominiert. Durch die Parteien und Medien werden Europawahlen primär als nationale Testwahlen instrumentalisiert, also als Stimmungstest für die nationale Regierung und Opposition, und die Mehrheit der Wähler lässt sich bei der Stimmabgabe eher von innenpolitischen als von europapolitischen Überlegungen leiten.

Hypothese 5: Bei Europawahlen erleiden die nationalen Regierungsparteien, insbesondere die Partei des Regierungschefs, abhängig vom nationalen Hauptwahlzyklus mehr oder minder starke Verluste. Da bei Europawahlen die nationale Politik dominiert, können sie von den Wählern dazu benutzt werden, ihrer Haltung gegenüber den Regierungsparteien und ihrer Politik Ausdruck zu verleihen, ohne dass dies für die nationale Machtverteilung unmittelbare Konsequenzen hat. Regierungen unterliegen zwischen zwei nationalen Parlamentswahlen in der Regel einem Popularitätszyklus: Sie haben vor der Wahl bei ihren Anhängern hohe Erwartungen geweckt, die sie durch ihre konkrete Politik meist enttäuschen, insbesondere in den ersten Jahren der Legislaturperiode, weil die Logik des Regierungshandelns gebietet, unpopuläre und schmerzhaft Maßnahmen möglichst bald nach der Wahl zu verabschieden, damit sie bis zur nächsten Wahl von der Bevölkerung wieder vergessen sind. Mit dem Näherrücken der nächsten Parlamentswahl treten dann die positiven Aspekte des Regierungshandelns – auch in Form von ‚Wahlgeschenken‘ – und die längerfristigen Parteibindungen der Wähler wieder stärker in den Vordergrund. Wenn der beschriebene Popularitätszyklus gegeben ist, dann ist ein ‚Abstrafen‘ und damit ein deutlich schlechteres Abschneiden der nationalen Regierungsparteien vor allem gegen Mitte der nationalen Wahlperiode zu erwarten. Dieses Protestwahlverhalten dürfte in der Regel die Partei des Regierungschefs am stärksten treffen, da sie das Regierungshandeln primär prägt.

Hypothese 6: Bei Europawahlen haben EU-skeptische Parteien an den Rändern des Parteienspektrums größere Chancen. Das Protestwahlverhalten von an der nationalen Politikebene orientierten Wählern nützt tendenziell vor allem Parteien an den Rändern des politischen Spektrums, da das Abstrafen der Regierungsparteien dadurch am stärksten wirkt. Parteien am linken und rechten Rand sind zudem sehr viel EU-skeptischer als Parteien der Mitte und bieten neben dem Protestmotiv daher auch dem an der europäischen Politikebene orientierten und EU-skeptischen Teil der Bürger eine inhaltliche Wahlalternative.

Hypothese 7: Bei Europawahlen sind im Vergleich zu den letzten nationalen Parlamentswahlen für Kleinstparteien Gewinne zu erwarten. Da nach Europawahlen keine Regierungsbildung aus einer Parlamentsmehrheit heraus erfolgt, ist bei denjenigen, die dennoch zur Wahl gehen, eine größere Bereit-

schaft zu „expressivem“ statt „strategischem“ Wählen zu vermuten, das heißt: Das inhaltliche Bekenntnis zu einer Partei rangiert vor strategischen Überlegungen hinsichtlich ihrer Chance zur parlamentarischen Repräsentation. Dies schadet nicht nur den großen Parteien, sondern auch den kleineren Parteien, denen bei nationalen Parlamentswahlen ein Teil der Anhänger der Großparteien die Stimme „leiht“, um dadurch eine gewünschte Koalition zu ermöglichen. Es nutzt aber den Kleinstparteien, die bei nationalen Parlamentswahlen so weit von einer möglichen parlamentarischen Repräsentation entfernt sind, dass ein Teil ihrer potenziellen Klientel lieber eine größere Partei wählt, um seine Stimme nicht zu „verschenken“. Auch die geringere Wahlbeteiligung trifft nicht alle Parteien gleichermaßen. Sie wirkt sich eher zu Lasten der größeren Parteien aus, da die Wähler von Kleinstparteien oft enger ideologisch an ihre Partei gebunden und damit besser zu mobilisieren sind.

Im Folgenden sollen diese Hypothesen durch eine Analyse des Wahlkampfes und Wahlergebnisses der Europawahlen vom 22. bis 25. Mai 2014 in Deutschland und zusammenfassend auch in den anderen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union empirisch überprüft werden. Zum Schluss werden die Auswirkungen der Wahlergebnisse auf die Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments im Vergleich zur Situation nach den Europawahlen von 2009 diskutiert, wobei besonderes Augenmerk auf die EU-skeptischen Parteien gelegt wird.

2. Der Wahlkampf und die Wahlbeteiligung

Der deutsche Wahlkampf zur Europawahl wurde gemeinhin als relativ langweilig empfunden. Genuin europapolitische Themen wurden mit Ausnahme der Diskussion um die Reaktion auf eine mögliche Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme aufgrund der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht angesprochen, allenfalls die Ukraine Krise hatte noch einen indirekten Bezug zur europäischen Politik. Die dominierenden innenpolitischen Themen in der Wahlkampfzeit waren, neben der Energiewende, die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformvorhaben der Regierung, d.h. die Einführung des Mindestlohns und vor allem die Rentenreform, die für die Bevölkerung nach dem traditionell wichtigsten Thema Arbeitslosigkeit in der Endphase des Wahlkampfes das zweitwichtigste Problem darstellte.

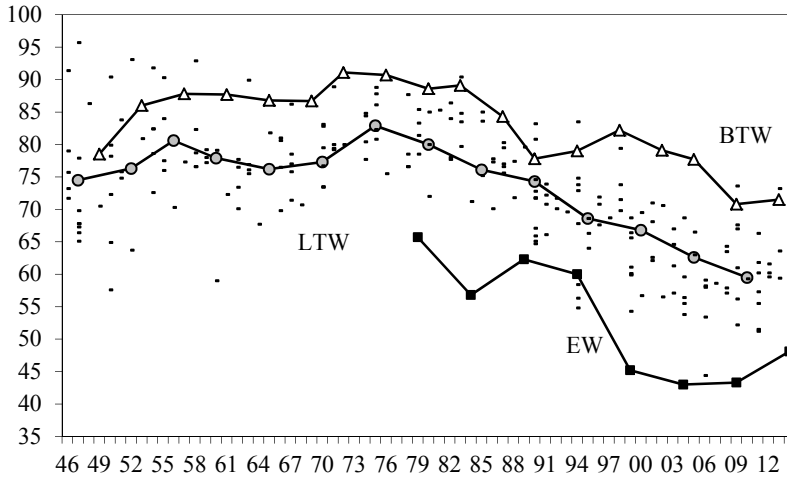
Der Wahlkampf hat nichts an der Perzeption der Bevölkerung geändert: Die Europawahlen werden immer noch als zweitrangige Wahlen empfunden. Drei Tage vor der Wahl gaben 40 Prozent der Befragten an, sich sehr stark oder stark für die Europawahl zu interessieren, für die Bundestagswahl 2013 interessierten sich kurz vor der Wahl 67 Prozent (FGW 2014a).² Zudem misst die Bevölkerung den Entscheidungen des Europäischen Parlaments für das eigene Alltagsleben trotz seines objektiven Kompetenzzuwachses im politischen System der Europäischen Union und des gewachsenen Einflusses der

europäischen Politik auf die nationale Politikebene immer noch eine relativ geringe Bedeutung zu. Seit seiner ersten Direktwahl 1979 rangiert das Europäische Parlament in der Relevanzmessung der Parlamente auf den verschiedenen Politikebenen immer auf dem letzten Platz. Daran hat sich auch 2014 nichts geändert: Für 86 Prozent der Befragten sind die Entscheidungen des Bundestags sehr wichtig bzw. wichtig, beim Europäischen Parlament sagen dies nur 57 Prozent (FGW 2014b). Zum Interesse an den Europawahlen und zur Perzeption der Bedeutung der Entscheidungen des Europäischen Parlaments im Vergleich zu den nationalen Parlamenten existieren leider keine EU-weiten Umfragen. Als Indikator für das relativ geringe Interesse am Europäischen Parlament kann jedoch die Tatsache dienen, dass im Herbst 2013, ein halbes Jahr vor der achten Direktwahl des Europäischen Parlaments, nur gut die Hälfte der Europäer überhaupt wusste, dass das Parlament direkt gewählt wird.³ Es ist daher zu vermuten, dass sich die less-at-stake-Hypothese 1 für die Europawahlen 2014 nicht nur in Deutschland, sondern europaweit bestätigt hat.

Die Zweitrangigkeit dieser Wahlen zeigte sich auch wieder an der Wahlbeteiligung. In Deutschland haben 48,1 Prozent der 61.998.824 Wahlberechtigten gewählt. Gegenüber der letzten Europawahl ist dies eine Steigerung von 4,8 Prozentpunkten. Im Vergleich zur Bundestagswahl von 2013, wo 71,5 Prozent zur Wahl gingen, war die Beteiligung jedoch immer noch wesentlich geringer. Dies war seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments von 1979 der Fall. Zudem lag die Wahlbeteiligung bei Europawahlen nicht nur deutlich unter der Beteiligung bei Bundestags-, sondern auch bei Landtagswahlen, wie Abbildung 1 zeigt.

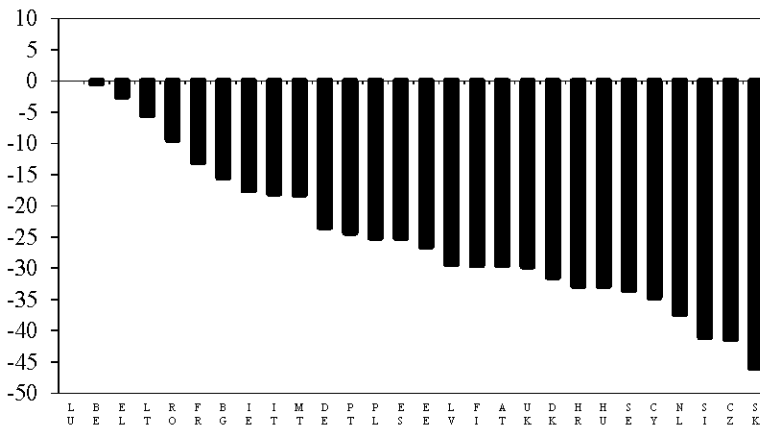
In der gesamten EU gingen nur 42,5 Prozent der knapp 400 Millionen Wahlberechtigten zur Wahl (2009: 43,0 Prozent). Damit konnte bei dieser Wahl der seit Einführung der Direktwahlen bestehende Abwärtstrend der Wahlbeteiligung zwar abgemildert, aber nicht gestoppt werden. In den einzelnen Mitgliedsstaaten war die Beteiligung extrem unterschiedlich. Von Belgien und Luxemburg – wo Wahlpflicht herrscht⁴ – abgesehen, reichte sie von 13,1 Prozent in der Slowakei bis 74,8 Prozent in Malta. Vergleicht man die Wahlbeteiligung mit der Beteiligung bei der jeweils letzten nationalen Parlamentswahl, so bestätigt sich die Hypothese 2 europaweit ohne Ausnahmen: Die Europawahlbeteiligung lag von 2,5 (Griechenland) bis 46 (Slowakei) Prozentpunkten unter der Beteiligung bei der letzten nationalen Wahl (vgl. Abbildung 2).

Abb. 1: Wahlbeteiligung bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen (%)



Quelle: eigene Berechnungen, amtliche Wahlstatistik

Abb. 2: Wahlbeteiligungsdifferenzen: Europa- vs. letzte nationale Parlamentswahl (Länderkennzeichen in zwei Zeilen zu lesen)



Quelle: Europäisches Parlament

Die gegenüber den nationalen Parlamentswahlen deutlich geringere Wahlbeteiligung lässt sich nicht auf deutlich negativere Orientierungen gegenüber dem Europäischen Parlament oder eine Geringschätzung seiner europäischen Rolle zurückführen: Im Herbst 2013 vertrauten z.B. in Deutschland in etwa gleich viele Befragte dem Europäischen Parlament und dem Bundestag, im europäischen Durchschnitt war das Vertrauen der Bürger in die nationalen Parlamente sogar deutlich geringer als in das Europäische Parlament. Mitte 2013 waren zudem mehr als drei Viertel der Deutschen und der Europäer insgesamt der Meinung, dass das Europäische Parlament im Leben der Euro-

päischen Union eine wichtige Rolle spielt.⁵ Auch für die Gültigkeit der Hypothese 3 zur Unabhängigkeit der niedrigen Wahlbeteiligung von den evaluativen Orientierungen gegenüber dem Europäischen Parlament und der Perzeption seiner europäischen Rolle gibt es somit europaweite Belege.

3. Das Wahlverhalten

Wie bei der letzten Europawahl, so spielte in Deutschland auch 2014 für die absolute Mehrheit der Wähler die Bundespolitik für ihre Wahlentscheidung die entscheidende Rolle und nur knapp zwei Fünftel nannten die Europapolitik (Infratest dimap 2014). Europaweit kommt eine Zusammenfassung nationaler Wahlkampfanalysen zu der Schlussfolgerung: „Nationale Fragen dominierten über europäische“⁶, was für die europaweite Gültigkeit der Hypothese 4 zur Dominanz der nationalen über die europäische Politik beim Wahlverhalten spricht.

Die Hypothese 5 über die zu erwartenden Verluste der Regierungsparteien, insbesondere der Partei des Regierungschefs, wird in Deutschland nur in ihrer engen Fassung bestätigt: Die Union unter Kanzlerin Angela Merkel gewinnt zwar mit deutlichem Vorsprung vor der SPD die Wahl, muss aber gegenüber der Bundestagswahl 2013 Verluste von gut 6 Prozentpunkten hinnehmen. Die SPD hingegen kann ihr Wahlergebnis gegenüber der Bundestagswahl um 1,6 Prozent verbessern (vgl. Tabelle 1). Zur Erklärung dieses Ergebnisses lässt sich eine Reihe von personellen und inhaltlichen, sowohl bundes- als auch europapolitischen Gründen anführen. Der Hauptgrund für das hervorragende Abschneiden der Union bei der Bundestagswahl 2013 war Angela Merkel, die bei allen Indikatoren zur Kandidatenorientierung der Wähler außerordentlich gute Werte erreichte. Zwar wurde auch bei der Europawahl mit ihr geworben, sie war jedoch weder europäische noch nationale Spitzenkandidatin. Die SPD hingegen konnte mit Martin Schulz als deutschem und europäischem Spitzenkandidaten in Personalunion werben, der im Vergleich zu dem europäischen Unions-Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker und dem deutschen Spitzenkandidaten David McAllister deutlich bekannter war, an dem mehr als ein Viertel der SPD-Anhänger ihre Wahlentscheidung ausrichteten, der von den Bürgern insgesamt und vor allem von den SPD-Anhängern deutlich besser bewertet wurde als Juncker von den Unions-Anhängern, der von den Bürgern als glaubwürdiger, sympathischer und sachkompetenter eingeschätzt wurde und den kurz vor der Wahl 42 Prozent der Bevölkerung und 79 Prozent der SPD-Anhänger als Kommissionspräsident bevorzugten, während nur 24 Prozent der Bevölkerung und 52 Prozent der Unions-Anhänger Juncker auf diesem Posten sehen wollten (FGW 2014b, Infratest dimap 2014). Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass kurz vor der Wahl selbst Schulz nur einem Drittel der Befragten als Spitzenkandidat namentlich bekannt war. Die Wirkung des personellen Faktors war daher wegen der relativ geringen Bekanntheit der europäischen und nationalen

Spitzenkandidaten zwar begrenzt, aber vor allem bei den SPD-Anhängern hatte Martin Schulz durchaus einen Mobilisierungseffekt.

Inhaltlich ist zu betonen, dass die Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung durchaus positiv beurteilte (FGW 2014). Dabei erhielt die SPD in der gesamten Zeit noch etwas bessere Noten als die Union. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Regierung bis zur Europawahl vor allem die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformvorhaben anging, die von der Bevölkerung der SPD zugesprochen wurden. Vor allem die Rentenreform schlug sich für die Sozialdemokraten positiv nieder: Mit +12 Prozentpunkten erreichte die SPD bei den Rentnern die mit Abstand größte Steigerungsrate aller Bevölkerungsgruppen gegenüber ihrem Ergebnis bei der letzten Europawahl (Infratest dimap 2014). Europapolitisch wurden der Union zwar von den Bürgern in der allgemeinen Europapolitik und vor allem bei der Euro-Sicherung die größeren Kompetenzen zugesprochen (FGW 2014b), aber die Eurokrise war für die Bürger nicht mehr von so großer Relevanz, und in Bezug auf die Ukraine Krise konnte SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier noch etwas stärker punkten als Angela Merkel (Infratest dimap 2014). Insgesamt führten die personellen und inhaltlichen Faktoren dazu, dass die SPD diesmal ihre Anhänger besser dazu motivieren konnte, zur Wahl zu gehen, als die Union.

Hinsichtlich des schlechten Abschneidens der CSU in Bayern ist zunächst zu vermuten, dass die CSU als große Volkspartei größere Schwierigkeiten hatte, ihre Klientel zur vierten Wahl innerhalb eines knappen Dreivierteljahres zu motivieren, als die kleineren Parteien. Bundespolitisch werfen Kritiker aus den eigenen Reihen ihr vor, im Rahmen der Bundesregierung zu wenig inhaltlichen Einfluss auszuüben. Zudem goutierten die Wähler wohl das strategisch bedingte „EU-Bashing“ nicht und EU-kritische Wähler wandten sich lieber dem Original in Gestalt der AfD zu.

Tab. 1: Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 im Vergleich zur Europawahl 2009 und zur Bundestagswahl 2013

	EW 2014			EW 2009			BW 13
	St. %	Sitze	%	St. %	Sitze	%	St. %
CDU/CSU	35,3	34	35,4	37,9	42	42,4	41,5
CDU	30,0	29	30,2	30,7	34	34,3	34,1
CSU	5,3	5	5,2	7,2	8	8,1	7,4
SPD	27,3	27	28,1	20,8	23	23,2	25,7
GRÜNE	10,7	11	11,5	12,1	14	14,1	8,4
DIE LINKE	7,4	7	7,3	7,5	8	8,1	8,6
AfD	7,1	7	7,3	–	–	–	4,7
FDP	3,4	3	3,1	11,0	12	12,1	4,8
FREIE WÄHLER	1,5	1	1,0	1,7	–	–	1,0
Piraten	1,4	1	1,0	0,9	–	–	2,2
Tierschutzpartei	1,2	1	1,0	1,1	–	–	0,3
NPD	1,0	1	1,0	–	–	–	1,3
FAMILIE	0,7	1	1,0	1,0	–	–	0,0
ÖDP	0,6	1	1,0	0,5	–	–	0,3
Die PARTEI	0,6	1	1,0	–	–	–	0,2
REP	0,4	–	–	1,3	–	–	0,2
Volksabstimmung	0,3	–	–	0,3	–	–	0,1
BP	0,2	–	–	0,2	–	–	0,1
PBC	0,2	–	–	0,3	–	–	0,0
Pro NRW	0,2	–	–	–	–	–	–
AUF	0,2	–	–	0,1	–	–	–
CM	0,1	–	–	0,2	–	–	–
DKP	0,1	–	–	0,1	–	–	–
MLPD	0,1	–	–	–	–	–	0,1
BüSo	0,0	–	–	0,0	–	–	0,0
PSG	0,0	–	–	0,0	–	–	0,0
Sonstige	–	–	–	3,1	–	–	0,5

Quelle: Der Bundeswahlleiter

Europaweit erlitt die Partei des Regierungschefs in 23 der 28 Mitgliedsstaaten mehr oder minder starke Verluste, wobei die Ausnahmen in der Regel durchaus im Sinne der Hypothese 5 – insbesondere durch die Nähe zu den nationalen Parlamentswahlen und die positiven Bevölkerungsorientierungen gegenüber der Partei des Regierungschefs – erklärt werden können.⁷

Für die Großparteien und die kleineren Parteien liegen alle nationalen Wahlergebnisse vor, die Kleinstparteien werden jedoch häufig in der Kategorie „Sonstige“ zusammengefasst. Daher lässt sich die europaweite Gültigkeit der Hypothese 7 zum besseren Abschneiden dieser Parteien (noch) nicht überprüfen. In Deutschland haben 16 Kleinstparteien mit Bundestagswahl-Stimmenanteilen von 1 Prozent oder weniger an der Europawahl teilgenommen. Davon konnten 13 ihren Stimmenanteil steigern, zum Teil in erheblichem Maße: Die Familienpartei konnte ihren Stimmenanteil versiebenfachen, die Tierschutzpartei vervierfachte ihren Anteil. In Deutschland konnte daher die Hypothese 7 mit wenigen Ausnahmen bestätigt werden.

Die Hypothese 6, wonach EU-skeptische Parteien an den Rändern des Parteienspektrums bei Europawahlen größere Chancen haben als bei nationa-

len Parlamentswahlen, hat sich in Deutschland bestätigt, wenn man die Ergebnisse der Linken, der AfD und der NPD kumuliert. Zwar schnitten im Vergleich zur Bundestagswahl die Linkspartei (-1,2 Prozentpunkte) und die NPD (-0,3 Prozentpunkte) etwas schlechter ab, die AfD konnte sich jedoch mit +2,4 Prozentpunkten deutlich steigern. Sie zog von allen anderen Parteien Wähler ab, die bei der Bundestagswahl für diese Parteien gestimmt hatten, am meisten – fast 3 Prozent – von der Linkspartei⁸, was deren schlechteres Abschneiden mit erklärt. Die AfD-Wähler sind in deutlich höherem Maße EU-kritisch eingestellt als die Gesamtbevölkerung: Sie sind z.B. mehrheitlich der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft und der Euro Deutschland eher Nachteile bringen (48 bzw. 57 Prozent, Gesamtbevölkerung: 15 bzw. 35 Prozent). Zudem sehen weit überproportional viele AfD-Wähler im Bereich Ausländer und Zuwanderung ein großes Problem. Neben 60 Prozent, die die Partei vor allem wegen ihrer inhaltlichen Positionen wählen, erklären aber auch 39 Prozent, ihre Entscheidung für die AfD diene dazu, den anderen Parteien einen ‚Denkzettel‘ zu erteilen (FGW 2014b). Die AfD bot somit sowohl EU-skeptischen als auch Protestwählern eine Alternative und hat einen Teil dieser Wählerstimmen auf sich gezogen.

Die Befürchtung eines europaweiten Vormarschs „euroskeptischer“ Parteien war vor der Wahl das beherrschende Thema der öffentlichen Diskussion um die möglichen Ergebnisse der Europawahlen. In dieser Diskussion wurde sehr viel vermengt, was differenziert werden muss: (1) der „Euroskeptizismus“, der besser als „EU-Skeptizismus“ bezeichnet wird, um Verwechslungen mit den Gegnern des Euro auszuschließen, existiert in einer „harten“ und einer „weichen“ Form.⁹ Die harte Form lehnt die Europäische Union ab und befürwortet den EU-Austritt des eigenen Landes. Parteien, die dies fordern, sollen hier als „EU-feindliche“ Parteien bezeichnet werden. Die weiche Form des EU-Skeptizismus kritisiert sehr stark das „wie“, nicht jedoch grundsätzlich das „ob“ der europäischen Integration, plädiert somit auch nicht für einen Austritt aus der EU. (2) EU-Skeptizismus tritt nicht nur am rechten Rand auf, wie es in vielen Beiträgen zu diesem Thema explizit bzw. implizit unterstellt wird, d.h. es gibt gleichermaßen EU-kritische und EU-feindliche Parteien am linken Rand¹⁰, wobei die Motivation für den EU-Skeptizismus völlig unterschiedlich ist: den linken Parteien ist die EU vor allem zu neoliberal, für die rechten Parteien steht der mögliche Verlust der nationalen Identität im Vordergrund. (3) Über die Ausdifferenzierung und Benennung verschiedener Gruppen der Parteien des rechten Rands gibt es keine Einigkeit. Unterschiedliche Bezeichnungen wie national-konservativ, nationalistisch, nationalpopulistisch, rechtspopulistisch, rechtsradikal und rechtsextrem prägen die Diskussion und tragen zur Begriffsverwirrung bei. (4) selbst die These, dass rechtsextremistische Parteien EU-feindlich und rechtspopulistische Parteien EU-kritisch sind, lässt sich nicht aufrechterhalten.

Konzentriert man sich auf die relevanten Parteien, also diejenigen, die zumindest bei einer der beiden letzten Europawahlen mindestens einen Sitz errungen haben, so traten bei der diesjährigen Europawahl 14 EU-feindliche Parteien in 12 Ländern an, 2009 waren es 13, da die NPD nicht antrat. Von

den 14 Parteien waren 10 (2009: 9) dem rechten und 4 dem linken Rand zuzuordnen.

Nimmt man die größere Gruppe der EU-kritischen Parteien¹¹ hinzu, dann traten EU-skeptische Parteien insgesamt in 24 Mitgliedsstaaten an. Sie erzielten im Vergleich zur jeweils letzten nationalen Parlamentswahl in 16 Staaten bessere, in einem Staat gleich hohe und in 7 Staaten schlechtere Ergebnisse, sodass sich Hypothese 6 europaweit nicht eindeutig bestätigt.

Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass das Nebenwahlkonzept für die Analyse von Europawahlen immer noch eine gute Ausgangsbasis darstellt, auch wenn sich nicht jede einzelne der sieben Hypothesen europaweit empirisch vollständig bestätigen lässt.

4. Die Auswirkungen der Europawahl auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

Die EU-feindlichen Parteien kommen 2014 im Europäischen Parlament auf einen Sitzanteil von gut 9 Prozent und konnten ihren Anteil gegenüber 2009 daher mehr als verdoppeln, wobei dies fast ausschließlich auf das bessere Abschneiden der Parteien am rechten Rand zurückzuführen ist. Bei den rechten Parteien ist die Steigerung der Sitzanzahl von 27 auf 63, d.h. um 36 Sitze, wiederum größtenteils auf den großen Erfolg des Front National (FN) in Frankreich (+21 Sitze) und der United Kingdom Independence Party (UKIP) im Vereinigten Königreich (+11 Sitze) zurückzuführen. Von einem europaweiten Vormarsch EU-feindlicher Parteien kann somit keine Rede sein. Nimmt man die EU-kritischen Parteien hinzu, dann erhöhte sich der gesamte Sitzanteil EU-skeptischer Parteien im Europäischen Parlament gegenüber 2009 von 20 auf 29 Prozent, wobei mehr als zwei Drittel der Steigerung um 72 Sitze auf die Erfolge des FN, der UKIP und der italienischen Movimento Cinque Stelle (+17) zurückzuführen sind.

Der gemeinsame Sitzanteil der EU-skeptischen Parteien entspricht in etwa dem gemeinsamen Sitzanteil der gemeinhin als eher EU-skeptisch bezeichneten Fraktionen einschließlich der fraktionslosen Abgeordneten. Das Europäische Parlament setzt sich, wie schon 2009, aus sieben Fraktionen zusammen: der ‚Fraktion der Europäischen Volkspartei‘ (EVP), der ‚Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten‘ (S&D), der ‚Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten‘ (EKR), der ‚Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa‘ (ALDE), der ‚Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke‘ (GUE/NGL), der ‚Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz‘ (GRÜNE/EVA) und der ‚Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie‘ (EFDD)¹² (vgl. Tabelle 2). Als EU-skeptisch gelten EKR, GUE/NGL und vor allem die EFDD. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass nicht alle Mitgliedsparteien der EU-freundlichen Fraktionen dieser Kategorie zuzuordnen sind und nicht alle Parteien der anderen Fraktionen als eindeutig EU-skeptisch bezeichnet werden können.¹³

Tab. 2: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Fraktionen
(jeweils konstituierende Sitzung)

Fraktion	2014		2009	
	N	%	N	%
EVP	221	29,4	265	36,0
S&D	191	25,4	184	25,0
EKR	70	9,3	54	7,3
ALDE	67	8,9	84	11,4
GUE/NGL	52	6,9	35	4,8
GRÜNE/EVA	50	6,7	55	7,5
EFDD	48	6,4	32	4,3
Fraktionslos (NI)	52	6,9	27	3,7
Insgesamt	751	100	736	100

Deutsche Parteien: CDU/CSU: EVP; SPD: S&D; AfD, Familie: EKR; FDP, FW: ALDE;
Tierschutz: GUE/NGL; Grüne, ÖDP, Piraten: GRÜNE/EVA; NPD, Die PARTEI: NI.
Quelle: Europäisches Parlament.

Die fraktionslosen Abgeordneten gehören mit wenigen Ausnahmen – u.a. der deutschen Spaßpartei Die PARTEI – zu den EU-skeptischen Parteien. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass eine Fraktionsbildung von einigen Parteien des rechten Rands unter Führung des französischen FN und der niederländischen PVV letztendlich gescheitert ist. Nicht nur aus diesem Grund ist die Rede vom „Rechtsruck“¹⁴ durch die Europawahlen zu differenzieren. Die Parteien am rechten Rand können in drei Gruppen eingeteilt werden¹⁵: rechtskonservative bzw. nationalkonservative Parteien, systemkonforme bzw. systemkritische rechtsextreme Parteien und systemfeindliche rechtsextreme Parteien. Die ersten beiden Gruppen haben 2014 gegenüber 2009 deutlich zugenommen: von 15 auf 42 bzw. von 26 auf 46 Sitze. Die systemfeindlichen rechtsextremen Parteien haben jedoch deutlich an Sitzen verloren (von 12 auf 7 Sitze).¹⁶

Mit den 2014 verbliebenen drei Parteien dieser Gruppe, der deutschen NPD, der griechischen „Goldenen Morgenröte“ (XA) und der ungarischen Jobbik, wollten die anderen Parteien nichts zu tun haben, ihre Abgeordneten sind alle bei den Fraktionslosen. Einige Parteien aus der ersten und zweiten Gruppe waren vor der Wahl unter Führung der UKIP in der EFD-Fraktion zusammengeschlossen. Durch die Wahl verlor die Fraktion einige ihrer Mitglieder und kam von zwei Seiten unter Druck: Zum einen zog die konservative EKR die „Wahren Finnen“ (PS) und die DF aus Dänemark auf ihre Seite. Die EKR unter Führung der britischen Conservatives hat damit jetzt nicht nur vier der neu ins Parlament eingezogenen rechtskonservativen bzw. nationalkonservativen Parteien, sondern auch zwei systemkonforme bzw. systemkritische rechtsextreme Parteien in der Fraktion. Zum anderen hatten Marine Le Pen vom FN und Geert Wilders von der niederländischen PVV schon im November 2013 verkündet, dass das außerhalb des Parlaments bestehende Bündnis „Europäische Allianz für die Freiheit“ (EAF) um die PVV und andere Parteien erweitert und eine Fraktionsbildung angestrebt wird. Sie konnten die zweitgrößte Partei aus der bisherigen EFD, die italienische Lega Nord, ge-

winnen. Während die EFD dadurch immer weiter von einer neuen Fraktionsbildung entfernt schien, hatte die EAF mit FN, PVV, LN, dem belgischen VB und der österreichischen FPÖ schnell Mitglieder aus fünf Ländern zusammen. Zur Fraktionsbildung sind aber Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten notwendig und dieses Ziel wurde nicht erreicht, u.a. weil man nicht mit dem als antisemitisch und frauenfeindlich geltenden polnischen KNP kooperieren wollte. Alle Abgeordneten aus diesen Parteien sind daher fraktionslos.

Die EFD hingegen wurde durch die Aufnahme des italienischen M5S, deren Beitritt zur Fraktion der Grünen vorher gescheitert war, entscheidend gestärkt. Zur UKIP, der schon bisher der EFD angehörenden litauischen TT und dem M5S kamen dann noch die tschechische Svobodni, der lettische ZZS und die schwedische SD hinzu. Als die auf der FN-Liste gewählte, aber zwei Tage nach der Wahl aus der Partei ausgetretene Abgeordnete Joelle Bergeron ebenfalls beitrug, hatte man Mitglieder aus sieben Ländern zusammen und konnte erneut eine Fraktion bilden. Allerdings blieb man die kleinste Fraktion.

Die größte Fraktion im Europäischen Parlament bleiben trotz deutlicher Einbußen die Christdemokraten (EVP). Die Sozialdemokraten (S&D) konnten ihren Mandatsanteil und ihre Stellung als zweitgrößte Fraktion behaupten, die Konservativen (EKR) verdrängten die wegen des schlechten Abschneidens ihrer deutschen und britischen Mitgliedsparteien dezimierten Liberalen (ALDE) vom dritten Platz und die Grünen (GRÜNE/EVA) mussten ihren vierten Platz an die Linken (GUE/NGL) abgeben. Die beiden großen Fraktionen EVP und S&D haben immer noch die absolute Mehrheit der Sitze und nutzen sie auch, wie die Absprache zur Wahl des neuen Parlamentspräsidenten zeigt: Martin Schulz wurde für weitere zweieinhalb Jahre gewählt, danach wird ein Christdemokrat das Amt übernehmen.

Anmerkungen

- 1 Zu diesem Abschnitt und einer detaillierten Analyse der Europawahl in Deutschland vgl. Niedermayer, Oskar (2014): Immer noch eine ‚nationale Nebenwahl‘? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45 (im Druck). Zum Nebenwahlkonzept vgl. vor allem: Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann (1980): Nine Second-order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, 8, S. 3-44.
- 2 Die Daten für Deutschland stammen aus den Wahlanalysen der Forschungsgruppe Wahlen e.V. aus Mannheim (2014a: Kurzanalyse der Wahl; 2014b: Wahlreport) und von Infratest dimap aus Berlin (2014: Wahlreport).
- 3 Vgl: European Commission (ed.): Standard Eurobarometer 80, Autumn 2013, Tables of results, Brüssel 2013.
- 4 Eine Wahlpflicht gibt es zudem in Griechenland und Zypern, ihre Nichtbefolgung wird jedoch nicht sanktioniert und die tatsächliche Wahlbeteiligung lag bei den letzten nationalen Parlamentswahlen bei 62,5 bzw. 78,7 Prozent.
- 5 Vgl: European Commission (ed.): Standard Eurobarometer 80, Autumn 2013, Tables of results, Brüssel 2013 und European Parliament (ed.): European Parliament Eurobarometer (EB/EP 79.5), Parlemeterpart, Brüssel 2013.

- 6 Optenhögel, Uwe/Humuza, Marcel/Thalhofer, Stephan (2014): Gesamteuropäische Schlussfolgerungen, in: Krumm, Reinhard/Seyfferth, Anne (Hrsg.): Europa hat gewählt. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 3.
- 7 Z.B. schnitt die Partei des italienischen Regierungschefs Matteo Renzi (PD) um gut 15 Prozentpunkte besser ab als bei der nationalen Parlamentswahl 2013. Renzi war allerdings erst drei Monaten vor der Europawahl Regierungschef geworden, und in der Schlussphase des eindeutig innenpolitisch dominierten Wahlkampfes beeinflusste ein kräftiges Steuergeschenk an die unteren und mittleren Einkommensgruppen die Beurteilung der Partei des Regierungschefs.
- 8 Eigene Berechnung mit Daten der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap 2014.
- 9 Vgl. Taggart, Paul/Szczerbiak, Aleks (2004): Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe, in: *European Journal of Political Research*, 43, S. 1-27.
- 10 Vgl. schon Hooghe, Liesbet/Marks, Gary/Wilson, Carole J. (2002): Does left/right structure party positions on European integration?, in: *Comparative Political Studies*, 35, S. 965-989.
- 11 Ob eine Partei zur Gruppe der „EU-kritischen“ Parteien gehört, ist in einigen Fällen inhaltlich schwer zu beantworten, da kein allgemein akzeptierter Schwellenwert des Ausmaßes an EU-Kritik existiert, ab dem eine Partei als EU-kritisch einzustufen ist. Die Einordnung des Verfassers beruht auf Informationen aus Datenbanken, Expertenurteilen und Wahlkampfanalysen. Die deutsche CSU, deren 2014 gegenüber 2009 deutlich EU-kritischere Haltung größtenteils auf strategischen Überlegungen beruhte, wird z.B. nicht hinzugerechnet.
- 12 Die EFDD hieß vor der Wahl ‚Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie‘. Sie wurde nach der Wahl vor allem wegen des neuen Mitglieds M5S umbenannt.
- 13 So werden z.B. einerseits die ungarische Fidesz (EVP) und die slowakische SaS (ALDE) als EU-kritisch angesehen, andererseits gelten die deutschen Parteien Familienpartei (EKR) und Tierschutzpartei (GUE/NGL) sowie die lettische ZZS (EFDD) nicht als besonders EU-kritisch.
- 14 Der Rechtsruck, spiegel online vom 26.5.2014 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-rechtspopulisten-feiern-erfolg-in-europa-a-971648.html>; 30.5.2014).
- 15 Vgl. hierzu Stöss, Richard (2014): Der rechte Rand bei den Europawahlen 2014. Arbeitshefte des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 22. Berlin: Freie Universität Berlin.
- 16 Sitze 2014/2009: Ataka (Bulgarien): 0/2, NPD (Deutschland): 1/0, XA (Griechenland): 3/2, PRM (Rumänien): 0/3, Jobbik (Ungarn): 3/3 und BNP (Vereinigtes Königreich): 0/2.